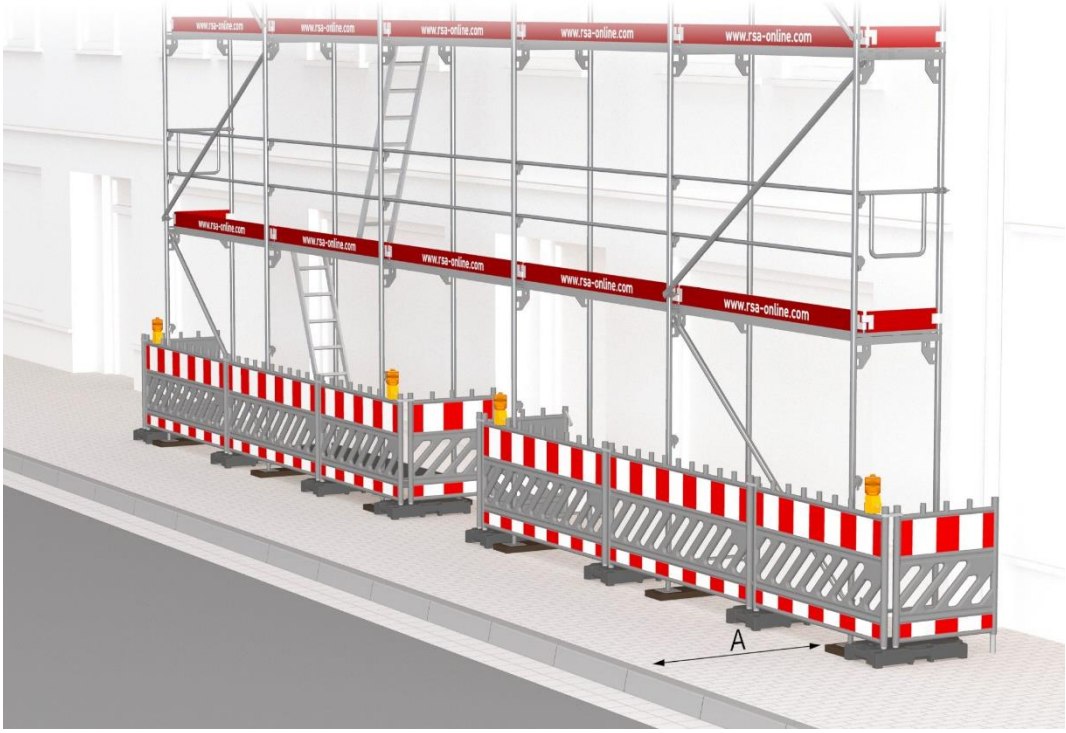
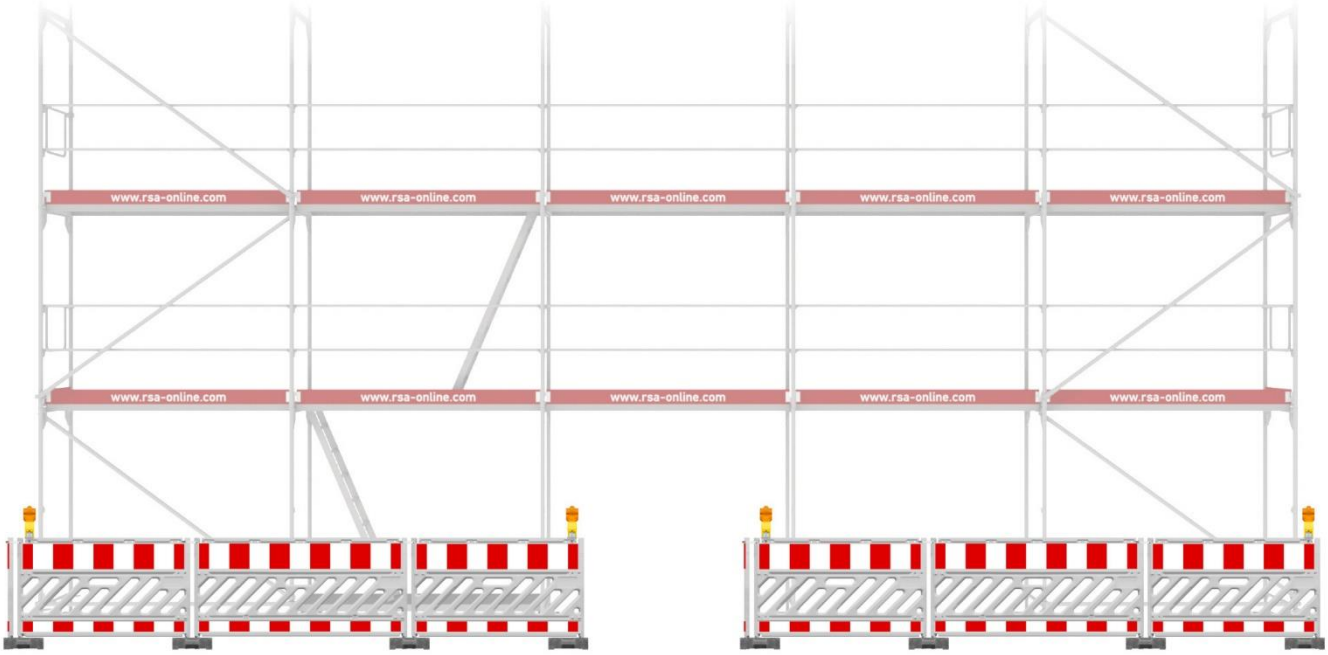
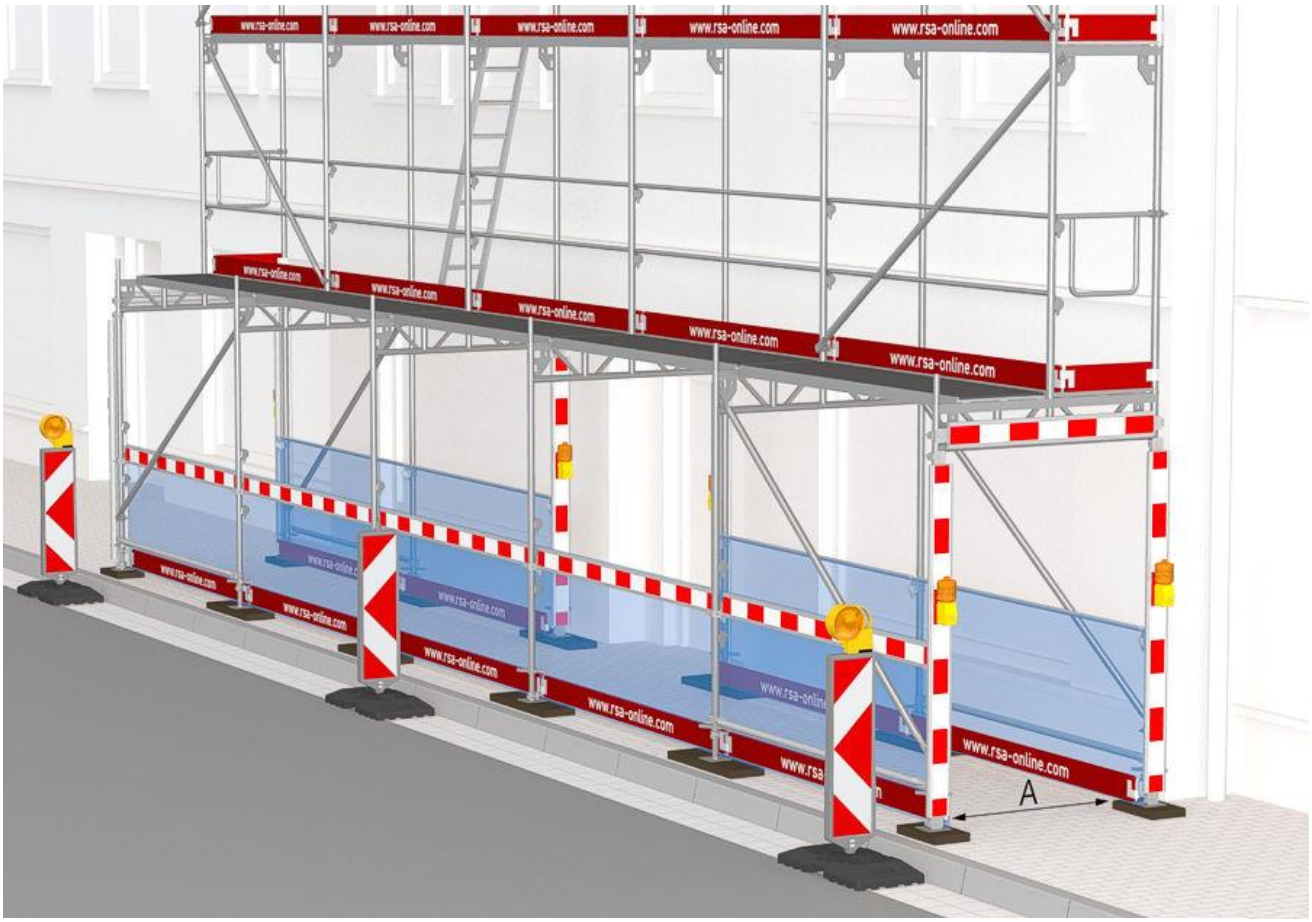
Verkehrssicherung Baugerüst

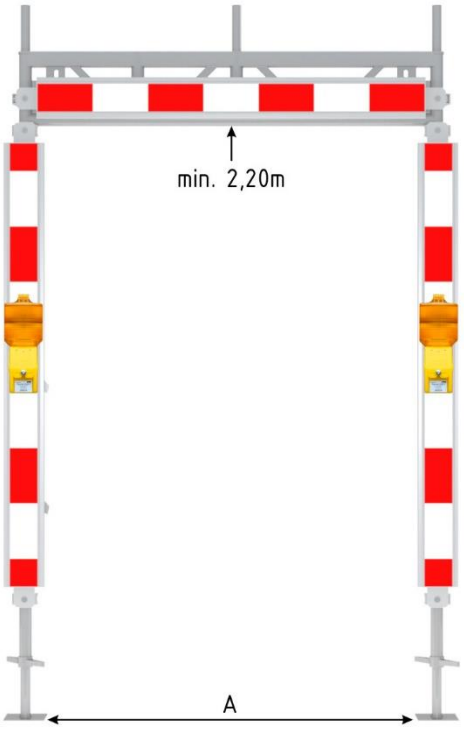


Bei vorhandener Restbreite des Gehweges von mindestens 1,30 m (A)



Bei NICHT vorhandener Mindestrestbreite des Gehweges von 1,30 m erfolgt die Ausführung als Durchlaufgerüst (Durchlaufbreite A = mind. 1,30 m)





Mindestbreite A:

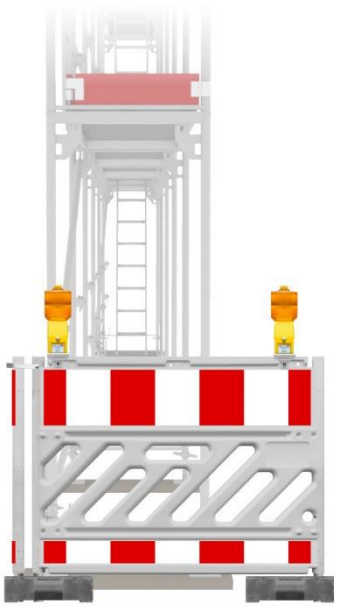
Gehweg:
min. 1,30m; bei kurzen Engstellen 1,00m

Radweg:
min. 1,50m; bei kurzen Engstellen 1,30m

gemeinsamer Geh- und Radweg:
min. 2,50m; im Ausnahmefall 2,00m

getrennter Geh- und Radweg:
Radweg min. 1,50m; Gehweg min. 1,30m

Ausweichstelle für Rollstühle
Fläche min. 1,80 x 1,80m
(z.B. erforderlich bei langen Strecken)



1. Baugerüste auf öffentlichen Gehwegen oder anderen Teilen öffentlicher Straßen gelten als **Arbeitsstellen** (RSA 21) und sind deshalb vorschriftsmäßig zu **sichern** (Verkehrssicherung und Arbeitsschutz).

2. Dazu ist bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde die entsprechende verkehrsbehördliche Anordnung **mindestens zwei Wochen vor** Beginn der Maßnahme zu beantragen.

3. Der (Bau-)Unternehmer oder Bauherr trägt die Verantwortung und hat dazu bereits bei der Antragstellung einen nachweislich sachkundigen **Verantwortlichen für die Verkehrssicherung** namentlich zu benennen.

4. Alternativ kann ein professioneller Verkehrssicherungsdienstleister beauftragt werden. Dies sollte bereits vor Antragstellung erfolgen. Die zusätzlichen Kosten dafür sind entsprechend mit einzuplanen.

5. Baugerüste an öffentlichen Straßen ohne behördlich angeordnete Verkehrssicherung stellen mindestens eine Ordnungswidrigkeit, und bei nachgewiesener grober Fahrlässigkeit ggf. einen Straftatbestand dar. In solchen Fällen kann vor allem der aufstellende Gerüstbauer belangt werden, da dieser dann als sog. Störer den ordnungswidrigen Zustand praktisch erzeugt. Gerüstbauunternehmen müssen daher sicherstellen, dass eine entsprechende verkehrsbehördliche Anordnung vorliegt und die vorschriftsmäßige Verkehrssicherung gewährleistet ist.

6. Achtung! Bereits beim **Aufbau**, aber auch beim **Abbau** von Gerüsten ist bei zu erwartender zusätzlicher Beeinträchtigung des Straßenverkehrs ggf. eine entsprechende **Verkehrssicherung** erforderlich.